

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 08/52. Jahrgang

August 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

## Der reaktionäre Staatsumbau ist in vollem Gange

Dafür stehen Verschärfungen von Polizei- und Versammlungsgesetzen, ausufernde digitale Überwachung der Bürgerinnen und Bürger und Versuche, demokratische Organisationen zu zerschlagen. Nach Angriffen auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), attac, die „Rote Hilfe“ und die sozialistische Tageszeitung „junge Welt“ geht es gegen die Kommunistische Partei. Der DKP soll die Kandidatur zur Bundestagswahl verwehrt und der Parteistatus entzogen werden.

Die Entscheidung des Bundesausschusses vom 8. Juli – mit Zustimmung der Vertreterin der Partei „Die Linke“, gegen die Stimme des Vertreters von Bündnis 90/Die Grünen – ist aus Sicht der DKP nicht haltbar. Der Ausschuss folgte der Ansicht des Bundeswahlleiters Georg Thiel, die DKP habe auf Grund von verspätet abgegebenen Rechenschaftsberichten ihren Parteistatus verloren und könne deshalb nicht zur Bundestagswahl zugelassen werden. Das Parteiengesetz formuliert hingegen, dass nicht eine verspätete Abgabe, sondern die Nichtabgabe der Berichte ein Grund zum Entzug des Parteistatus ist.

Die DKP hat ihre Rechenschaftsberichte abgegeben und Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Dieses



muss bis zum 29. Juli darüber entscheiden.

Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei „Die Linke“, erklärte: „Es ist nicht die Furcht der herrschenden Kreise vor einer Partei, die bei Bundestagswahlen kaum ein Prozent der Wähler für sich mobilisiert. Es ist der Geist der Rebellion, der theoretisch fundierten Systemkritik, den sie fürchten.“ Die Angst vor dem Verlust der Macht durch eigenes Versagen veranlasse die Herrschenden, die politischen Daumenschrauben anzuziehen. Wer offen ausspreche, dass dies Klassenkampf sei, solle zum Schweigen gebracht werden. „Das Vorgehen gegen diese politischen Institutionen dürfen wir nicht stumm hinnehmen“, so Modrow.

Sozialabbau und das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung, jetzt schon massiv betrieben, werden nach der Bundestagswahl ein bisher in Deutschland ungewohntes Ausmaß annehmen. Das Kriegsgeschrei gegen Russland

und China nimmt zu. Deutsche Soldaten stehen im Rahmen von NATO-Manövern an der Grenze Russlands. Sollte aus diesem neuen Kalten Krieg gegen Russland ein heißer werden, würde Europa zum Schlachtfeld. Die atomare Bedrohung ist immens.

„Dass in dieser angespannten internationalen Lage die DKP die Losung, **Frieden mit Russland und China**

**auf ihre Fahnen und Plakate schreibt, wird die Hauptursache der aktuellen Repression sein“**, erklärte der Deutsche Freidenker-Verband.

**Fortsetzung auf Seite 2**

### Inhalt

Uniklinik organisiert um / Grüne Wählertäuschung	S. 2
Kernaussagen zur Bundestagswahl	S. 3
Hetze im Stadtparlament / 50 Jahre Gießener Echo	S. 4
The Hater / Ella als politische Geisel	S. 5
Bosch will Streit? / Jugend und Kapitalismus / Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan	S. 6
Esther Bejarano / Jeder Name zählt	S. 7
Termine / Kreuzworträtsel	S. 8

**Für Frieden und Sozialismus!**



## Fortsetzung von Seite 1

Die Herrschenden verlangten, die Kriegsmobilisierung gegen Russland und gegen China zu unterstützen oder zumindest nicht zu behindern und NATO und EU mit allen Mitteln zu verteidigen. „Sie wollen Friedhofsruhe an der Heimatfront. Wer das nicht akzeptiert, muss ab jetzt

mit Repressionen rechnen“, so die Freidenker. Deshalb seien alle, die dieses Signal verstehen und ablehnen, aufgerufen, jenseits parteipolitischer Erwägungen Solidarität mit der DKP zu üben.

Wera Richter  
(stellv. Parteivorsitzende der DKP)

# Uniklinik – Rhön AG organisiert sich um

Nach der Übernahme der Rhön AG durch den Asklepios-Konzern wird nach und nach dessen Geschäftspolitik auf die Rhön-Kliniken, darunter das Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM), übertragen. Viele Bereiche sollen in Tochtergesellschaften ausgegliedert werden. Service- und Technikbereiche soll die "Rhön-Service" und "Cateringgesellschaft" übernehmen. Das betrifft die Bereiche Technik, Medizintechnik, Sterilgut und Essensversorgung. Auch für die Bereiche EDV und Logistik / Materialwirtschaft will man Tochtergesellschaften gründen. Die Konzernleitung stellt in Frage, ob für diese Gesellschaften die

bisher funktionierte, weil alle in einem Betrieb waren, erfordert nach Ausgliederung einen Auftrag an die Tochtergesellschaft. Das Profitstreben des Konzerns verschlechtert die Krankenversorgung, die Situation der Beschäftigten und an einer Uniklinik auch die Forschung und Lehre.

Ein Aktionsbündnis „Gemeinsam für unser Klinikum“ hat eine Petition für den Rückkauf des UKGM durch das Land gestartet. Grundlage ist ein von der Landtagsfraktion der Linken eingeholtes Rechtsgutachten, nach dem eine Vergesellschaftung nach Artikel 15 des Grundgesetzes jederzeit möglich ist. Aussichtslos ist ein

solches Vorhaben nicht. Asklepios will immer mehr Geld von der Landesregierung. Das von der Rhön AG gegebene Versprechen, alle Investitionen zu bezahlen, wird längst nicht mehr gehalten. Die AG investiert nur noch, wenn das Land kräftig zuzahlt. Auch für Forschung und Lehre soll

die Staatskasse immer mehr zahlen. Angeblich breitet sich unter den Professoren, denen die Privatisierung lange egal war, Unmut über die Zustände aus. **UKGM zurück ans Land!** Das fordert vielleicht bald auch die Medizinische Fakultät.

Die Petition kann unter <https://openpetition.de/ljfgwt> unterstützt werden.

Gernot Linhart

noch bestehenden Betriebsräte zuständig sind. Das ist die bekannte Asklepios-Taktik: Keine Betriebsräte, keine Gewerkschaften und keine Tarifverträge – dann kann die Geschäftsleitung schalten und walten wie sie will. Sie zielt darauf ab, Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Schlechter wird die Situation auch für das im Stammkonzern verbleibende Personal. Vieles, was



#DKPwählbarMachen

(Vergleiche UZ vom 23.07.2021)  
<https://www.unsere-zeit.de/angriffe-auf-dkp-abwehren-demokratische-rechte-verteidigen-158324/>

## „Coole“ grüne Wähler-täuschung

Wenn es mir zur Sommerzeit zu heiß wird, setze ich mich unter einen Baum oder in den Keller. Offenbar ist in Gießen ein kühlender Platz schwierig zu finden. Denn das Umweltamt brüstet sich damit, einen „Coolen Stadtplan“ herauszugeben, der die kühlenden Plätze in der Stadt aufzählt.

Toll! Die Umweltdezernentin, die in der Wieseeckau die Kettensäge gegen schattige Bäume für "Sichtachse", Strandbar und Sause wüten ließ; die den Immobilienhain keine Beschränkungen beim Fällen auferlegte; die als Verbandsvorstand des „Zweckverband Mittelhessischer Wasserbetriebe“ im Schiftenberger Wald fünf Meter neben den Wanderwegen alles Grüne radikal fällen ließ, um Wasser für die Stadt Frankfurt liefern zu können, sodass es keine „coolen Plätze“ mehr sind - ausgerechnet sie hebt den **„Schutz vor Überhitzung als weiteren Schritt zur Anpassung an den Klimawandel“** hervor (aus: Gießener Anzeiger, 20. Juli 2021).

Bemerkenswert ist, dass in dem virtuellen Plan die Landesgartenschau-Gebiete keine „coolen“ Zonen sind, und dass der wunderbar schattige Weg zwischen Wieseck und Schwanenteich nicht als kühlend aufgeführt wird. Ob hier virtuell schon wieder versucht wird, diesen Weg radikal abzuholzen?

Gießen braucht keine "grüne" Imagepflege mit „schlau“ Phrasen, sondern eine Politik, die wirkliches Grün in unseren Alltag bringt. Lassen wir uns nicht täuschen!

M. Berger





# Kernaussagen der DKP zu den Bundestagswahlen 2021 (II/III)



## Gegen Krieg und Hochrüstung – für Frieden mit China und Russland!

Die Bevölkerung soll sparen, die Ausgaben für Rüstung und Krieg steigen in diesem Land ins Unermessliche. Im Rahmen der NATO sollen sich die Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts verdoppeln.

Runter mit der Rüstung – das Geld für Bildung, Soziales und Gesundheit! Seit 2014 steigen die Rüstungsausgaben um 40%. Für 2021 beschloss der Bundestag einen „Verteidigungshaushalt“ von 47 Milliarden Euro. Die Bundesregierung forciert die Aufrüstung der Bundeswehr und der EU, um künftig auch unabhängig von der NATO Krieg führen zu können. Es geht um Einfluss auf dem Weltmarkt, um Ressourcen, um Ausbeutung und Unterjochung anderer Länder.

Die Hochrüstung verschlingt immense Summen, die in allen Bereichen des sozialen Lebens – Bildung, Gesundheit, Kultur, Öffentlichem Personenverkehr – fehlen, und sie erhöht die Kriegsgefahr. Seit dem Ende des Friedensstaates DDR, beteiligt sich Deutschland aktiv an der US-geführten Regime-Change-Politik, um Länder, die sich dem

Imperialismus nicht freiwillig unterordnen, gefügig zu machen. Die Mittel sind ökonomischer Druck durch Sanktionen und militärische Übergriffe bis hin zu Angriffskriegen.

Diese Politik wird durch das Agieren der Russischen Föderation und der Volksrepublik China erschwert. Sie haben sich zur Gefahr für die imperialistische Dominanz entwickelt. Bei wachsender Konkurrenz untereinander sind sich die Imperialisten deshalb einig in ihrem Feindbild und ihrer Herrschaftssicherung. Durch Truppenverlagerung auf dem Land und zu Wasser, das Aufkündigen von Abrüstungsverträgen und die Aufrüstung im atomaren Bereich werden Russland und die Volksrepublik China massiv bedroht. In dieser gefährlichen Zuspitzung spielen die US-Atombomben im rheinland-pfälzischen Büchel und die nukleare Teilhabe der BRD eine Schlüsselrolle.

Dafür steht das Bomberprogramm der Bundesregierung. Sie will 140 neue Bomber anschaffen, 30 davon sollen Atombomben tragen und abwerfen können.



- **Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr müssen gestoppt werden!**
- **Stoppt das Bomberprogramm der Bundesregierung!**
- **Deutschland muss raus aus der NATO – US-Atombomben raus aus Deutschland! Büchel dicht machen!**
- **Schluss mit den Sanktionen durch USA, EU und BRD - Für anti-imperialistische Solidarität!**
- **Frieden mit Russland und der VR China!**



Weitere Informationen: [www.dkp.de/wahlen](http://www.dkp.de/wahlen)

# Zur Hetze gegen die DKP und ihre Stadtverordnete

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen zwischen Grünen, SPD und Gießener Linke wird die DKP und ihre Stadtverordnete Martina Lennartz immer wieder als „verfassungsfeindlich, linksextrem und antisemitisch“ beschimpft. Vor allem FDP, CDU, **Junge Union**, Vertreter des Koalitionspartners Grüne und einzelne Journalisten benutzen diese Vorwürfe als Grund, die neue Koalition zu verteufeln. Keine dieser Verleumdungen trifft zu.

## Zur angeblichen Verfassungsfeindlichkeit:

Das Grundgesetz schreibt kein bestimmtes Wirtschaftssystem vor, der Kapitalismus ist nicht gesetzlich geschützt. Artikel 15 lässt die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln ausdrücklich zu. Einige Landesverfassungen, z. B. die Hessische, schreiben bestimmte Vergesellschaftungen sogar vor. Verfassungsfeindlich verhalten sich diejenigen, die Artikel 14 Abs. 2, tagtäglich



verletzen. Dieser bestimmt, dass Eigentum immer auch zum Wohle der Allgemeinheit verwendet werden soll – was von der DKP und anderen sozialistischen Kräften vergeblich eingefordert wird. Bei Verabschiedung des Grundgesetzes erklärte der damalige KPD-Vorsitzende Max Reimann, die Kommunisten würden dieses Gesetz gegen alle verteidigen, die es abschaffen oder verwässern wollten. Diese Prophezeiung hat sich oft bestätigt.

## Zum Linksextremismus:

Die DKP ist radikal gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, gegen Mietwucher, gegen Abbau demokratischer Rechte, gegen Bildungsnotstand, gegen Privatisierung von Kliniken, gegen Aufrüstung, Kriege und vieles andere. Sie verfolgt ihre Ziele aber ausschließlich mit legalen Mitteln – Zeitungen, Flugblätter, Infoständen, Demonstrationen, Teilnahme an Wahlen usw. Deswegen ist sie radikal, aber nicht extremistisch.

Journalisten sollte diese Unterscheidung bekannt sein.

**Zum Antisemitismus:** Dieser Vorwurf ist der absurdeste. Niemand kämpft so entschlossen wie die Kommunisten gegen alte und neue Nazis, gegen die gewalttätigsten Antisemiten. Viele, auch von bürgerlichen Kreisen geehrte, jüdische Antifaschisten waren oder sind Mitglieder und Funktionäre der DKP, genannt seien hier Emil Carlebach, Peter Gingold und die gerade verstorbene Esther Bejarano. Niemals hat die DKP das Existenzrecht Israels in Frage gestellt, sie unterhält freundschaftliche Beziehungen zu mehreren israelischen Organisationen. Wir solidarisieren uns aber auch, im Einklang mit vielen Resolutionen der UN, mit den unterdrückten Palästinensern. Wer diese Solidarität als Antisemitismus bezeichnet, verharmlost die realen Antisemiten und deren Anschläge auf in Deutschland lebende Juden.

Kreisvorstand DKP Gießen

Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste  
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt  
Kämpfen statt...

Drei Wochen gratis.

Probabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

## Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** wendeten sich Mieter einer Siedlung an der Jahnstraße an die DKP. Ihr Vermieter, ein Herr Sander, der 5.500 Wohnungen besaß, kassierte hohe Mieten, kümmerte sich aber kaum um seine Häuser – Renovierungen und Reparaturen blieben aus. Die Mieter, die gemeinsam mit der DKP gegen den Miethai kämpften, sahen ihren Einsatz als Teil des Kampfes für menschenwürdige Wohnungen und tragbare Mieten, gegen Ausbeutung durch Spekulanten. Dieser Kampf ist heute so aktuell wie damals.

Auch vor **40 Jahren** ging es um die Wohnungsfrage. Trotz Wohnungsnot ließ der Magistrat Wohnhäuser abreißen. Damals wie heute bestimmten vor allem "Investoren" die Bauplanung in Gießen, die vor allem Wohnungen für Wohlhabende er-

stellen.

Vor **30 Jahren** berichteten wir über Kämpfe gegen §218. In der gerade angeschlossenen DDR war dieser Paragraph abgeschafft. Die Hoffnung auf Übernahme der DDR-Regelungen bezüglich Abtreibungen erfüllten sich nicht. Noch heute machen die reaktionären Vorstellungen der CDU, der Kirchen und der Verfassungsrichter Frauen das Leben schwer.

Vor **25 Jahren** war wieder einmal das Greif-Denkmal an der Licher Gabel Thema. Oberbürgermeister Mutz (SPD) machte den militaristischen „Greif-Kameraden“ die Zusage, das Schandmal renovieren zu lassen. An der misslungenen Neugestaltung der Anlage durften die Freunde der Bomberpiloten mitwirken.

Vor **20 Jahren** berichteten wir über Gebührenerhöhungen im öffentlichen Nahverkehr, an den Volkshochschulen und bei den Friedhöfen. Der angegebene Grund „Es ist kein Geld da“ (bei den Reichen wäre davon zu holen) führte dazu, dass die Erhöhungen fast einstimmig durchgewunken wurden.

Vor **10 Jahren** erinnerten wir an die seit 1985 bestehende Städtepartnerschaft mit Hiroshima, die leider nie mit Leben erfüllt wurde. Diese Partnerschaft, die von Hiroshima und Nagasaki weltweit initiiert wurde, sollte der Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der völligen Abschaffung von Atomwaffen dienen. Egal, wer in Gießen die Mehrheit hatte – es geschah nichts zur Erreichung dieses Zieles.

Gernot Linhart

# The Hater - von wegen Einzeltäter

„Ein junger Heuchler muss als Urheber diverser Hetzkampagnen in den sozialen Medien feststellen, dass Rufmord im Netz auch in der realen Welt brutale Konsequenzen hat.“ <https://www.netflix.com/de/title/81270667>, erschien 2020 und ist auf Netflix abrufbar.

Rechte Gewalt und rechter Terror kommen für den bürgerlichen Staat und seinen Medienapparat hauptsächlich von psychisch angeknacksten Einzeltätern oder Kleingruppen.

System darf das nicht haben. Wer von der „Theorie“ isolierter „Ein-Mann-Zellen“ in unserer augenscheinlich vielzelligen Gesellschaft nicht überzeugt ist, dem wird von Konservativen aller Couleur noch die Gamer-Szene als Feindbild und Erklärungsmuster angeboten.



Harmlose Teenager gehen ahnungslos in dieses Internet rein und kommen ein paar Online-Spiele und Chatforen später als Terroristen wieder raus. Diese Erklärung reicht vielleicht zum Soziologie-Expertenstatus bei der FAZ, hat aber mit der Realität nichts zu tun.

Wie reale Klassenverhältnisse Menschen zu rechten Terroristen machen, ist dagegen in Jan Komasa's stilistisch hervorragend inszeniertem Thriller „The Hater“ dargestellt. Ein junger Mann aus der polnischen Provinz trifft in diesem gleich zu Beginn auf

die geballte Arroganz der reichen Hauptstädter. Halb schwimmend, halb getrieben, bewegt er sich in einem Meer aus ignorierte Armut und klassenbewusstem Reichtum, offener Heuchelei und versteckter Verzweiflung, blinder Naivität und blankem Hass. Nicht auf den Kopf gefallen, weiß er sich an die wenig menschenfreundliche Verhältnisse anzupassen und geht seinen Weg bis zu einem filmischen Finale, das unter die Haut geht.

Weder zu plump, noch zu effekterheischend, zeigt Komasa in „The Hater“ eindrücklich den Täter hinter dem Täter: Kapitalismus. Dafür Daumen hoch.

Daniel von der SDAJ



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



[https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal)

## Gemeint sind alle: Ella als politische Geisel

Am 23. Juni 2021 wurde Unbekannte Person 1 (UP1 - von den Aktivisten „Ella“ genannt) zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Sie sitzt seit November 2020 in Haft, weil sie Bäume gegen einen menschen- und klimafeindlichen Autobahnbau verteidigt hat.

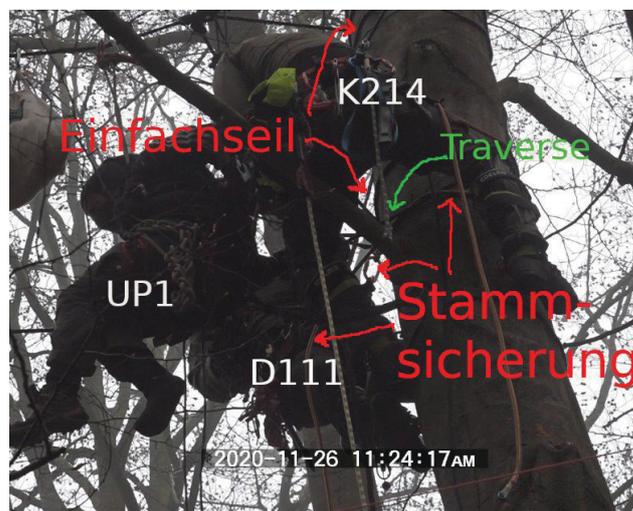
Vermutlich war sie ein Zufallsopfer einer perfiden Strategie. Offenbar wollten Staatsmacht und vor allem die Polizei eine Story, die vom Thema Autobahnbau und Waldvernichtung, von der rabiaten Räumung und Missachtung des Versammlungsrechts ablenkt. Drei SEK-Beamte aus Nordrhein-Westfalen erkletterten dafür Baumstämme. Drei Hubwagen standen in der Nähe herum, sie nutzten sie aber nicht. In 15 Meter Höhe suchten die vollvermummten Kletterspezialisten die Konfrontation. Ein Gerangel folgte. „Ella“, deren tatsächlicher Name immer noch unbekannt ist, wurde wegen versuchter Tötung angeklagt und eingesperrt. Alle drei SEKler behaupteten, bei der Auseinandersetzung in luftiger Höhe nicht gesichert gewesen zu sein.

Was angesichts der Topausbildung solcher Kletter-Cops kaum zu glauben war, entpuppte sich auch schnell als Lüge. Die eigenen Videos der Polizei zeigten, wie sich alle drei zunächst mit einem Extraseil sicherten – und dann angriffen. Es blieb nicht bei einer Lüge: Verletzungen, Dienstunfähigkeiten und Atteste wurden erfunden. „Ella“ sollte mehrfach gegen Köpfe getreten haben. Die Hubwagen wurden verschwiegen. Mit der Story gelang es, das Medieninteresse zu wecken. Der Staat hatte seine „Opfer“. „Bild“, „Osthessen News“ und andere geiferten.

Sechs Monate nach der Festnahme begann in Alsfeld der Prozess gegen die Aktivistin, die durch die Polizeiaktion mehrfach in Gefahr gebracht

wurde, aber trotzdem zwecks Einschüchterung der Bewegung büßen sollte. Das Gericht nahm die Polizeivideos nicht zur Kenntnis, missachtete Beweisanträge der Verteidigung und schickte sie weiter in den Knast. Der Ablauf wurde inzwischen komplett nachgestellt. Ein Videomitschnitt findet sich unter <https://youtu.be/63d0Umw3sPU>. Die Berufung wird am Landgericht Gießen stattfinden.

Jörg Bergstedt



# Bosch will Streit? - Wir sind bereit!

Dass uns am 07.07.21 eine solche Botschaft in Lollar verkündet würde, hatte am Morgen noch niemand geahnt. Bosch teilte uns und unseren Kolleginnen und Kollegen mit, man habe vor, die Sparte der Bremsscheibenherstellung zu verkaufen. Betroffen sind auch die Standorte Breidenbach und Ludwigshütte. Alleine in Lollar betrifft dies rund 300 Arbeitsplätze, insgesamt ca. 1.000.

Diese Entscheidung trifft bei uns vor allem auf Wut und Unverständnis. Bereits 2015 wollte Bosch die Gießerei schließen. Das ließen sich die Beschäftigten nicht gefallen und sie erkämpften Standortsicherung bis 2023. Bosch gliederte die Gießerei in einen eigenen Geschäftsbereich aus. Am Standort gibt es seitdem zwei BOSCH-Töchter: die Robert Bosch Lollar Guss GmbH und die Bosch Thermotechnik GmbH.

Desweiteren haben wir gemeinsam für die Zusage, bis 2023 einen sicheren Arbeitsplatz zu haben, einen zweistelligen Millionenbetrag gezahlt, durch Verzicht auf Prämien und versetzte Tariferhöhungen. Nicht die BOSCH-Manager in Stuttgart sind mit weniger Geld nach

und Arbeitern in Mittelhessen, die aus Buderus eines der bedeutendsten Unternehmen in der Heizungsbranche gemacht hat.

Auch wenn ein Verkauf wahrscheinlich nicht zu verhindern ist, werden wir uns für einen Arbeitskampf formieren. Es gab ein Leben vor Bosch und es wird eins danach geben. Die Frage ist nur, zu welchen Konditionen. Darüber stehen die einzelnen Interessenvertretungen und die IG Metall in einem engen Austausch. Klar ist: Auf Arbeitsplatzsicherung und Tarifbindung



Hause gegangen.

Nun wollen sie sich durch den Verkauf noch mehr Geld aneignen und unseren Vertrag brechen. Das ist nicht hinnehmbar und wird einen massiven Konflikt nach sich ziehen. Es war die Arbeit der vorherigen und jetzigen Generationen von Arbeiterinnen

kommt es aktuell an und nicht auf das BOSCH-Logo am Lollarer Nachthimmel.

Auf der Facebookseite „IG Metall Vertrauensleute bei Bosch in Lollar“ bekommt ihr immer die neuesten Informationen.

Enya Hauptmann  
und Tobias Salin

## Jugend und Kapitalismus

Kommen 300 Jugendliche zusammen, um ausgelassen zu feiern, geht das Geschrei in Presse und Stadt los. Von der Ordnungspolizei wurden sie wochenweise vom Universitäts-Vorplatz zum Lahnufer und dann in die Wieseckau getrieben. Den hinterlassenen Müll und „Schmähgesänge gegen die Polizei“ nahm diese zum Anlass, die Feiernden von den Plätzen zu verbannen.

Wenn aber mit Genehmigung des Magistrats 300 bis 10.000 Menschen bei Wein- und Biersausen großer Getränkekonzerne direkt neben einem Biotop im Landschaftsschutzgebiet Wieseckau mit überhöhter Lautstärke ihre Grenzen überschreiten, sind das laut Grüner Umweltdezernentin „kleine, feine Veranstaltungen“, welche die bürgerliche Presse in wohlwollenden Berichten erwähnt.

Merke: Wenn Profite (und Einnahmen in die kaputt-gesparte Stadtkasse) locken, hat der Naturschutz gelitten. Und statt

Freizeit- und Feiernmöglichkeiten für Jugendliche mit kleinem Geldbeutel (und das sind die meisten) zu schaffen, vertreibt die Stadt sie und zwingt sie so zu kostspieligen Freizeitbeschäftigungen. Freizeiteinrichtungen für Jugendliche sind im Kapitalismus Geldverschwendungen, es sei denn, damit lässt sich Profit generieren. B.M.



## Leserbrief: Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan

Der Einsatz des US-Militärs, der NATO-Staaten und somit auch der Bundeswehr seit 20 Jahren ist fehlgeschlagen und der Abzug ihrer Truppen ist folgerichtig. Dies nicht nur, weil 59 Bundeswehrsoldaten umsonst in diesem Krieg ihr Leben ließen. Thomas Gutschker bilanzierte in der „FAZ“ im April 2021 das Desaster sicherlich unvollständig wie folgt: „Die hehren Ansprüche von einst, die Stabilisierung und Demokratisierung des Landes sind vergessen. Und die Bilanz für die Supermacht (USA), die gewiss nachwirken wird: Mehr als 2.000 Amerikaner haben am Hindukusch ihr Leben verloren. Hinzu kommen mindestens 100.000 tote afghanische Zivilisten.“ Wie gesagt, diese Zahlen sind unvollständig, so sind nach dem afghanischen Nachrichtensender „Tolo-TV“ mehr als 160.000 Menschen getötet worden.

Uwe Moldenhauer

# Nie mehr Schweigen, wenn Unrecht geschieht – zum Tod von Esther Bejarano

Am 10. Juli verstarb Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Vorsitzende des Auschwitzkomitees, Jüdin und Kommunistin im Alter von 96 Jahren in Hamburg.

Sie hatte das KZ Auschwitz, das KZ Ravensbrück und einen Todesmarsch überlebt. Schockiert über das Wiedererstarken faschistischer Parteien und Organisationen wurde sie zu einer der profiliertesten und engagiertesten Antifaschistinnen in der BRD. Sie sprach bei antifaschistischen Kundgebungen und Demonstrationen, berichtete Jugendlichen über ihre Erlebnisse während des Faschismus und sang mit verschiedenen Musikgruppen jiddische Lieder und Lieder des Widerstands.

Am 15. März 1997 verfasste sie mit Peter Gingold zum 50. Jahrestag der Gründung der VVN den „Appell an die Jugend“. Hierin erinnern die beiden an ihre Hoffnungen nach der Befreiung vom Faschismus auf

ein Leben in sozialer Gerechtigkeit, in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern und ihre bitteren Enttäuschungen nach der Restauration des Kapitalismus in der BRD: „Unfassbar für uns, wie

Medizin, im Geheimdienst und Militär einnahmen und damit jahrzehntelang das Klima der Politik und die prägenden Geburtsjahre dieser Republik bestimmten“. Angesichts dieser Entwicklung appellieren sie an die junge Generation: „Lasst euch nicht wegnehmen, was ihr noch an demokratischen und sozialen Errungenschaften vorfindet. Verteidigt es mit Klauen und Zähnen“.

Diesen Überzeugungen ist Esther ein Leben lang treu geblieben und in ihrem politischen Testament wendet sie sich an die Lebenden: **„Nie mehr Schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch. Helft einander. Achtet auf die Schwächsten, bleibt mutig. Ich vertraue auf die Jugend. Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“** Diese Botschaft immer wieder mit

Leben zu füllen, ist sicher eine würdige Form, Esthers Vermächtnis zu ehren.

Ulf Immelt



reibungslos sich der Übergang vom Nazireich in die Bundesrepublik vollzog. Dass ehemalige hohe Nazifunktionäre entscheidende Positionen in Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Hochschulen,

## Jeder Name zählt: Archiv der Opfer des Faschismus - Mitmachen!

30 Millionen Dokumente zu den Verbrechen des Faschismus lagern im Arolsen-Archiv. Das sind die Unterlagen zum Lebens- und Todesweg von 17,5 Millionen Menschen.

Daraus soll bis 2025 das größte Online-Archiv und ein digitales Denkmal für die Opfer der faschistischen Barbarei entstehen. Es wird für jedermann zugänglich sein.

Damit diese immense Arbeit geleistet werden kann, rufen die „Arolsen Archives“, ein internationales Zentrum über NS-Verfolgung, alle zur Mithilfe auf. Unter der Bezeichnung „Every name counts“ können alle mithelfen,

Informationen wie Geburtsdaten, Angehörige, von den historischen Dokumenten zu erfassen.



Der Zugang ist einfach gehalten, zur Bearbeitung einer Karteikarte aus dem Konzentrationslager Buchenwald reichen wenige

Minuten. Zu jeder Angabe gibt es Hilfestellungen. Schwer auszuhalten ist dagegen der Gedanke, dass hier Völkermord akribisch erfasst wurde und welches Leid sich hinter den Lebenswegen verbirgt. Die Beteiligung von Oberstufenklassen sollte zum Pflichtprogramm jeder Schule gehören. Dabei können die SchülerInnen mehr lernen als aus jedem Geschichtsbuch. Vor allem: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg! Zugang erhält man über: <https://www.zooniverse.org/projects/arolsen-archives/every-name-counts>

<https://www.zooniverse.org/projects/arolsen-archives/every-name-counts>

M. Berger

# Termine

**21.08.2021 ab 15:45 Uhr**

## Abschied vom Kapitalismus:

Der Trauerzug zieht von Ecke Löwengasse/Seltersweg zum Beisetzungsort am Kugelbrunnen. Dort findet um 16 Uhr die öffentliche Beerdigung statt. Veranstalter: Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG)

**06. und 20.08.2021 ab 19 Uhr**

Stammtisch der DKP Gießen - alle Sympathisanten und Freunde sind herzlichst dazu eingeladen. Bei Interesse bitte Mail an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**14.08.2021 um 20 Uhr**

Plakatieren für die Bundestagswahl

**25.08.2021 um 19 Uhr:**

Gruppenabend DKP Gießen, Büro der Linken, Marktplatz 2

**04.09.2021 ab 10:30 Uhr:**

Infostand der DKP Gießen, Kreuzplatz / Kugelbrunnen

**11.09.2021 ab 15 Uhr**

Revolutionäres Sommerfest der DKP Hessen in der Nähe von Buseck "Mit den **Roten** im **Grünen** feiern".



Für mehr Informationen bitte Email an [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)

**Redaktionsschluss für das September-Echo: Mi., 25. August**

**UZ** UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP  
Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!  
<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

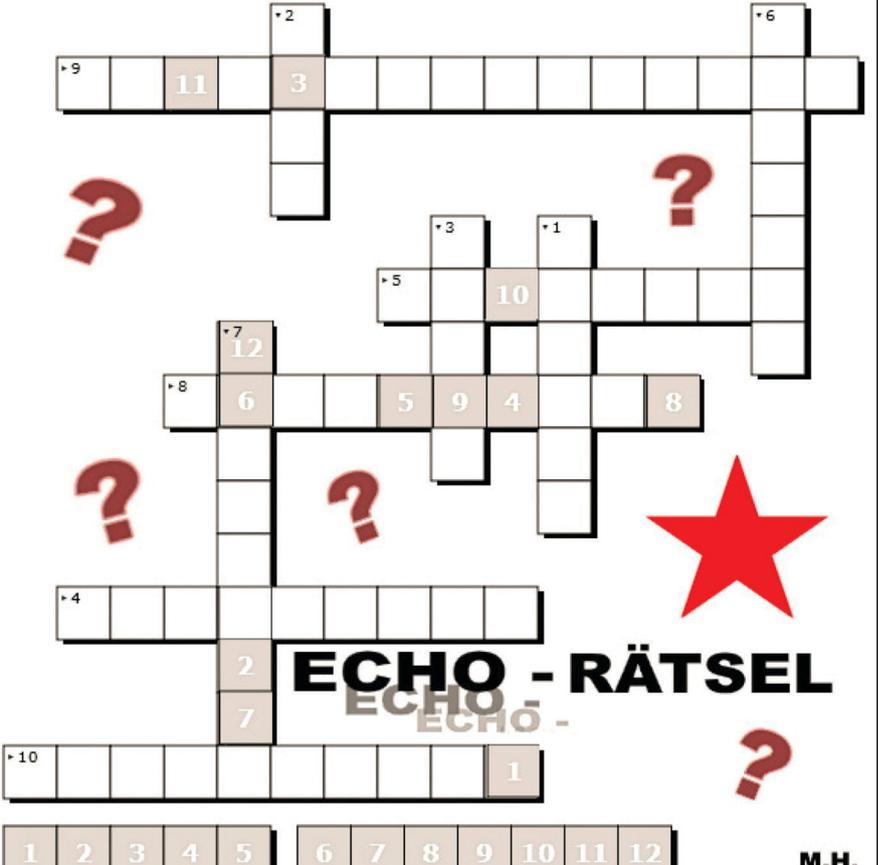


*... und immer sind da Spuren Deines Lebens. Bilder, Augenblicke, Gefühle, die uns an dich erinnern und uns glauben lassen, dass Du bei uns bist.*

**Mit schweren Herzen nehmen wir Abschied vom**  
**KAPITALISMUS**  
**\*1840 +2021**

Für bereits erwiesene und noch zuge dachte Anteilnahme bedanken wir uns recht herzlich.





**ECHO - RÄTSEL**

M.H.

Die DKP ist und bleibt eine ... 1 ..., da kann sich der Bundeswahlleiter auf den ... 2 ... stellen und mit den ... 3 ... wackeln. Wir haben das Bundesverfassungsgericht ... 4. Für die vielen Solidaritätsbekundungen ... 5 ... wir uns. Unser Direktkandidat zur Bundestagswahl heißt ... 6 ... 7 und wir sind zuversichtlich, dass er auf dem ... 8 stehen wird. Solche antidemokratischen Angriffe unter vorgeschobenen ... 9 ... Begründungen sind schlimmer als die ... 10 ... im Schwanenteich!

## Gießener Echo

**Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!**

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).  
Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46  
Druck: Gründrucken Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.  
Rückmeldungen, Leserbriefe, Anfragen an:  
Gießener Echo,  
Postfach 110340, 35348 Gießen,  
**E-Mail:** [giessen@dkp.de](mailto:giessen@dkp.de)  
**Im Internet:** [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)